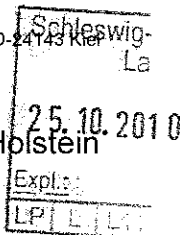


FLÜCHTLINGSRAT SCHLESWIG-HOLSTEIN e.V.

Flüchtlingsrat S.-H. e.V., Oldenburger Str. 25 D-24143 Kiel

Europa-Ausschuss
des Landtages Schleswig-Holstein
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel



Geschäftsstelle:
Oldenburger Str. 25
D - 24143 Kiel
office@frsh.de
www.frsh.de

Tel: 0431-735 000
Fax: 0431-736 077

Konto:
152 870
Ev. Darlehnsngen. (Kiel)
BLZ: 210 602 37

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/1398**

Kiel, 21.10.2010

EUROPA-Ausschuss des Landtages:

**Stellungnahme des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein e.V.
zum den Entschließungsantrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Bündnis
90/Die Grünen und SSW (Drucksache 17/520)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit übersenden wir Ihnen unsere Stellungnahme zu dem o.g. Drucksache. Wir bitten die verspätete Zusendung zu entschuldigen.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Link

- Anlage: w.o.g.

Stellungnahme des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein e.V.

zum den Entschließungsantrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und SSW (Drucksache 17/520)

Keine Abschiebung von Roma und anderen Minderheitenangehörigen in das Kosovo

Die Situation der Roma im Kosovo ist nach wie vor katastrophal. Die Mehrheit der Roma lebt in Armut, in Enklaven ausgegrenzt von der albanischen Mehrheitsgesellschaft, viele von ihnen in Elendssiedlungen unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen¹. Die Arbeitslosigkeit unter den Roma liegt bei ca. 98%, die staatliche Sozialhilfe, zu der nicht alle Zugang haben, deckt mit 35 – 75 Euro pro Haushalt nicht einmal die Lebensmittelkosten². Die meisten Minderheitenangehörigen leben von Gelegenheitsarbeiten oder dem Sammeln und Verkaufen von Altmetall, Papier oder Flaschen³. Mit der finanziellen Armut geht auch der Ausschluss aus dem Gesundheitssystem einher, da für alle Leistungen privat bezahlt werden muss⁴. Auch die hohe Schulabbrecherquote⁵ unter den Romakindern erklärt sich zum Teil aus der Armut, denn Schulbücher müssen bezahlt werden und viele Kinder müssen zum Lebensunterhalt ihrer Familie beitragen, anstatt zur Schule gehen zu können. So ergibt sich durch Armut und Bildungsmangel eine generationsübergreifende Verfestigung der prekären Lebenssituation der Roma.

Auch Gewalt gegenüber Roma seitens Angehöriger der albanischen Mehrheit ist weiterhin ein großes Problem. Die Menschenrechtsorganisation *Chachipe* dokumentierte im August 2009 mehrere ethnisch motivierte Angriffe gegen Roma⁶. Auch der Menschenrechtskommissar des Europäischen Rates, Thomas Hammarberg, verweist in seinem Bericht zum Kosovo vom Juli 2009⁷ und der

1 Vortrag von Ewa Chylinski, European Center for Minority Issues, am 17.5.2010 im Landeshaus Kiel

2 Vgl. Pro Asyl (Hg.): Zur Lebenssituation von aus Deutschland abgeschobenen Roma, Ashkali und Angehörigen der Ägypter Minderheit im Kosovo, 2009, S. 22

3 Vgl. Eighth Annual Report of the Republic of Kosovo Ombudsperson Institution, 2007-2008, S. 42

4 Ebda. S. 28

5 Vgl. Bericht des EU-Kommissars für Menschenrechte vom 02.07.2009

6 Vgl. Chachipe: Whose responsibility? Reporting on ethnically motivated crime against Roma in Kosovo – A case study, 2009

7 Vgl. Bericht des EU-Kommissars für Menschenrechte vom 02.07.2009, S. 21

Referent für Flüchtlings- und Asylpolitik des DW der EKD, Sebastian Ludwig, in seinem Reisebericht vom 30. Mai 2010⁸, auf wiederkehrende Zwischenfälle interethnischer Gewalt und ein auch in Ordnungsbehörden vorherrschendes Klima der Intoleranz.

EU-Menschenrechtskommissar Hammarberg wies zudem darauf hin, dass Zwangsrückführungen von Flüchtlingen aus Westeuropa den Kosovo weiter destabilisieren könnten und einen negativen Effekt auf die Situation von Minderheiten haben würden, da es im Kosovo keine Kapazitäten zur massenhaften Aufnahme von zurückkehrenden Flüchtlingen gebe. Ein Strategiepapier zur Reintegration, das seit 2007 besteht, wurde bisher nicht umgesetzt.⁹

Die Lebenssituation von Roma, die schon aus Deutschland in den Kosovo abgeschoben wurden ist zusätzlich durch weitere Probleme gekennzeichnet. Die meisten Abgeschobenen haben in ihren früheren Wohnorten kein Haus mehr oder können ihr Eigentum daran nicht nachweisen, so dass sie faktisch obdachlos sind. Auch fürchten viele Verfolgung oder Racheakte durch die albanische Bevölkerung und wollen daher gar nicht in ihren Heimatort zurückkehren. Regelmäßig wird RückkehrerInnen insbesondere mit der Unterstellung serbischer Herkunft die Anmeldung verweigert, die hingegen Voraussetzung für Wohnraumzuweisung, Arbeitserlaubnis, Gesundheitsleistungen, Schulzugang und Leistungen der öffentlichen Hand ist. Weniger als 2% der Roma im Kosovo arbeiten im formellen Arbeitsmarkt, allenfalls gibt es für wenige Erwerbseinkommen als Tagelöhner. Sozialhilfe ist reduziert auf 70 EUR je Familie, gibt es aber auch nur für jene, die mindestens ein unter fünf-jähriges Kind haben.

Viele Rückkehrer flüchten sich in die inländische Illegalität ethnischer Enklaven, in denen zumindest die gefühlte Sicherheit größer ist, oder sie gehen gleich nach Serbien oder Montenegro, wo sie hingegen als Flüchtlinge auch keinerlei Möglichkeiten haben, ihre grundlegenden sozialen Rechte geltend zu machen. Nach Schätzungen des UNHCR verlassen mehr als zwei Drittel der abgeschobenen Personen den Kosovo innerhalb von zwei Monaten wieder, weil sie für sich keine

⁸ Sebastian Ludwig, Bericht einer Recherchereise zur Einschätzung der Lage der Minderheiten im Kosovo 12.4.-20.4.2010; DW der EKD, Berlin 30.5.2010

⁹ Vgl. Bericht des EU-Kommissars für Menschenrechte vom 02.07.2009, S. 26ff.

Existenzmöglichkeit sehen oder aus Angst vor Verfolgung¹⁰. Auch die finanziellen Probleme verstärken sich dadurch, da Sozialhilfe nur in der Kommune gewährt wird, in der die Rückkehrer vor ihrer Flucht gelebt haben. Dazu kommen Sprachprobleme der Kinder und Jugendlichen, die oft besser deutsch als albanisch sprechen, sowie die psychischen Belastungen durch die erneute Migration.¹¹

Das Rückkehrzentrum des Projektes „URA 2“ in Priština, auf das sich oberste Landes- und Ausländerbehörden gern beziehen, bietet nach Recherchen von Pro Asyl (www.proasyl.de) sowie nach Einzelfallrecherchen des Niedersächsischen Flüchtlingsrates im Zusammenhang mit Abschiebungen keine ausreichende Sicherheit für abgeschobene Roma. Nur wenige der Abgeschobenen erhalten überhaupt und allenfalls geringe finanzielle Unterstützung durch das Projekt. Außerdem ist die wenige Hilfe, die geleistet wird, auf einen Zeitraum bis zu sechs Monaten beschränkt.¹² Das Projekt wird u.W. von Sachsen, Baden-Württemberg und Niedersachsen finanziert und verfügt über keine sozialarbeiterische Kompetenz. Es ist offensichtlich, dass hier weder die Kapazitäten für die Betreuung großer Zahlen von Abgeschobenen bestehen noch überhaupt langfristige Perspektiven für Rückkehrer geschaffen werden. Gleiches muss für das Wohnungs-Wiederaufbauprojekt „Roma Mahala“ festgestellt werden, in dem rückkehrende Roma keinen Wohnraum erhalten, weil sie prinzipiell gegenüber IDPs nachrangig behandelt werden. Die eigenen Häuser der RückkehrerInnen bewohnen längst andere, Streitigkeiten über Eigentumsrechte gehen regelmäßig zuungunsten der einst vertriebenen Roma aus.¹³

Die Gefährdung der Roma, ihre prekären Lebensbedingungen sowie ihre Ausgrenzung und Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft sind nur zu verstehen, wenn man sich der historischen Dimension des Antiziganismus in Europa bewusst ist. Die gesellschaftliche Position der Roma, die sie immer wieder zwischen ethnisch-nationalistische Fronten geraten lässt, wird bestimmt durch ihre jahrhundertlange Diskriminierung als sog. „Zigeuner“. Im Kosovo, wie auch in Montenegro und Serbien, ist die Diskriminierung und Ausgrenzung von Roma als

¹⁰ Sebastian Ludwig, ebd.

¹¹ Zur Lebenssituation abgeschobener Roma vgl. den umfassenden Bericht von ProAsyl 2009.

¹² Vgl. Pro Asyl 2009: S. 24.

¹³ Sebastian Ludwig, ebd.

„cigani“ oder „magjup“, also „Zigeuner“, alltägliche Normalität. Sie werden beleidigt, bekommen keine Wohnung oder werden am Betreten von Geschäften oder Schwimmbädern gehindert.

Die Zusicherungen der neuen Regierung des unabhängigen Kosovo, die Menschenrechte zu achten und der Diskriminierung von Minderheiten entgegenzutreten, sind unter dem Druck westeuropäischer Staaten gemacht worden und spiegeln weder tatsächliche politische Programmatik noch die gesellschaftliche Realität wider. Die OSZE beklagt im November 2009, dass das Strategiepapier zum Umgang mit Minderheiten von der Regierung bis dato nicht auf die kommunalpolitische und Gemeindeverwaltungsebene weitergesagt worden ist. Die antiziganistischen Ressentiments gegenüber den Roma sind tief in die alltäglichen Beziehungen eingeschrieben und, selbst gutem Willen der Regierung vorausgesetzt, nicht durch kurzfristige Integrationsstrategien zu beseitigen. Die Ausgrenzung und Armut der Roma im Kosovo sind Zeichen ihrer anhaltenden Diskriminierung als „Zigeuner“. Die europäische Geschichte zeigt, wie leicht diese alltägliche Diskriminierung in Pogrome umschlagen kann.

Die Bundesrepublik Deutschland trägt eine besondere historische Verantwortung für die Sinti und Roma, die im Nationalsozialismus als „Zigeuner“ stigmatisiert und zu Hunderttausenden ermordet wurden. Die Sensibilität für die Gefahren des Antiziganismus sollte ein Ausdruck dieser Verantwortung sein. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf unsere Stellungnahme zur Drucksache Unter diesen Umständen darf es nicht als Normalität akzeptiert werden, dass Roma ein Leben in Armut führen, ohne Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung und in täglicher Angst vor Verfolgung.

In der Zivilgesellschaft findet das Bewusstsein dieser historischen Verantwortung seinen Ausdruck in dem vielfältigen Engagement für Roma-Flüchtlinge und gegen Abschiebungen in den Kosovo, wie z.B. in der „Aktion 302 - Rettet eure Nachbarn“¹⁴. Auch der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma¹⁵, die Gesellschaft für

¹⁴ Siehe Homepage: <http://www.aktion302.de/>

¹⁵ Siehe Pressemitteilung vom 19.10.2009: <http://www.nds-fluerat.org/pressemitteilungen/zentralrat-deutscher-sinti-und-roma-beabsichtigte-abschiebungen-von-roma-in-das-kosovo-werden-zu-neuen-spannungen-und-verfolgungen-von-minderheiten-im-kosovo-fuehren/>

bedrohte Völker¹⁶ sowie Vertreter der katholischen Kirche¹⁷ haben sich gegen die Abschiebung von Roma in den Kosovo ausgesprochen. Der Kieler Flüchtlingsrat unterstützt einen Aufruf des Niedersächsischen Flüchtlingsrates und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BdA) für einen bedingungslosen Schutz von Sinti und Roma¹⁸.

Ein Abschiebestopp und der Einsatz für eine umfassende Bleiberechtsregelung für Roma aus dem Kosovo würden zeigen, dass auch die Politik der Bundesrepublik Deutschland sich ihrer Verantwortung bewusst ist und dass Roma in Deutschland heute nicht mehr als „Zigeuner“, sondern als Menschen behandelt werden.

Wir empfehlen, dem Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Grüne, SSW und Die Linke statt zu geben.

gez. Martin Link

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
Oldenburger Str. 25
D – 24143 Kiel
T. 0431-735 000
ml@frsh.de
www.frsh.de

¹⁶ Siehe Pressemitteilung vom 15.10.2009: <http://www.gfbv.de/pressemit.php?id=2039>

¹⁷ Siehe Pressemitteilung vom 19.10.2009: <http://www.kathweb.at/content/site/nachrichten/database/28734.html> sowie Beitrag auf Radio Vatikan vom 17.10.2009: <http://www.oecumene.radiovaticana.org/ted/Articolo.asp?c=326933>

¹⁸ Siehe z.B. Artikel der Rotenburger Rundschau v. 14.10.2009: http://www.rotenburger-rundschau.de/redaktion/redaktion/aktuell/data_anzeigen.php?dataid=73511
Zum Aufruf: <http://www.nds-fluerat.org/keine-abschiebung-von-roma-fluechtlingen/>